

# Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn  
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

## MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

### DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSHILFE

Walther Leisler Kiep

In wachsendem Maße dringt eine gewisse Resignation in die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Entwicklungshilfe. Die Front der Unterentwicklung, der Armut und des Hungers wird als breiter, tiefer und stärker erkannt als in den Anfängen dieses jüngsten und wohl auch umstrittensten Bereichs staatlichen Handelns. Man erkennt, daß der materielle Einsatz der gebenden Nationen in keinem Verhältnis steht zu der ungeheuren Weite der Problematik, und impliziert den baldigen Bankrott traditioneller Entwicklungspolitik. Dies um so mehr, als das Verständnis der Öffentlichkeit für diese Aufgaben eher geringer als größer zu werden scheint, die quantitative Aufbesserung der Leistungen mithin sehr in Frage gestellt ist.

Nun besteht gewiß kein Grund zu eilfertigen Optimismus: Auch am Beginn der zweiten Dekade der internationalen Entwicklungspolitik sind zwei Milliarden Menschen unzureichend ernährt, verhungern jährlich 30 bis 40 Millionen Männer, Frauen und Kinder, liegen Produktionskräfte unvorstellbaren Ausmaßes brach, - um nur einige Schlaglichter auf die Situation im Süden der Erde zu werfen. Die Grenzen der Effizienz unserer bisherigen Leistungen sind offenkundig; das Problem läßt sich nicht in einem Jahrzehnt, nicht einmal im Zeitraum einer Generation lösen, zumal dann, wenn es so halbherzig wie bislang, mit so unterschiedlicher Zielsetzung und mit soviel mißverstandenen Eigeninteresse angegangen wird.

Dennoch ist auch unreflektierter Pessimismus fehl am Platze. Gewiß, es fehlen die durchschlagenden Erfolgsmeldungen, aber die Situation ist nicht schlechter geworden, als sie vor zehn, fünfzehn Jahren war. Die rapide Talfahrt der Entwicklungsländer ist langsamer geworden; in manchen Ländern wurde sie gestoppt, in wieder anderen - wie z.B. Mexiko oder Malaysia - geht es teilweise steil aufwärts. Sicher können wir dies nicht ausschließlich auf dem Konto der Entwicklungshilfe gutbuchen.

Nr. 6      6. Juni 1969

### AUS DEM INHALT

Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Entwicklungshilfe	1
Möglichkeiten der kirchlichen Entwicklungshilfe D. Kurt Scharf	3
Die Biafra-Nigeria-Hilfe der Kirchen Martin Eberle	6
Wilhelm Hahn zum 60. Geburtstag Eberhard Amelung	8
Reform des Grundgesetzes? Friedrich Vogel	10
Unsere Autoren	12

Viele Länder haben enorme eigene Anstrengungen unternommen - durch Veränderungen der Sozialstruktur, durch eine markt- und investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik, durch eine moderne Steuergesetzgebung und nicht zuletzt durch den Verzicht auf übermäßige militärische Rüstung und staatlichen Pomp. Die Entwicklungsländer sind in diesem Sinne durchweg viel "ziviler", als uns gewisse Berichte glauben machen. Dennoch - die These sei gewagt - wäre all dies nicht eingetreten, hätte man die Länder ihrem eigenen Schicksal überlassen, hätte man kein Geld gegeben für infrastrukturelle Grundvoraussetzungen produktiven Wirtschaftens, hätte man keine Fachleute zur Beratung und keine freiwilligen Helfer zur Hilfe geschickt. Den Impuls, das stimulierende Element, die Erzeugung eines dringend notwendigen Willens zum Fortschritt - diese Basis hat die Entwicklungshilfe bewirkt: wohl nicht viel mehr, aber auch nichts weniger.

Allerdings gerät die Entwicklungshilfe in Gefahr, sich selbst ad absurdum zu führen, wenn sie auf ihrem gegenwärtigen Stand stehen bleibt. Der Zeitpunkt ist abzusehen, an dem der Kapitalfluß nach Süden nur kaum größer ist als die Summe der zurückfließenden Tilgungen und Zinsen. Jetzt schon benutzen manche Länder gezwungenermaßen die neuen Kredite nur zu dem Zweck, um die alten Schulden abzutragen. Von einem entwicklungspolitischen Effekt kann dann keine Rede mehr sein, allenfalls von der Wahrung eines Besitzstandes der Unterentwicklung. Hier müssen die gebenden Länder des industrialisierten Westens wie die des Ostens (die übrigens zusammen nicht mehr leisten als die Bundesrepublik allein!) in der Tat zu neuen Ufern aufbrechen. Gleiches gilt für den Bereich des Handels und der Produktion. Die Entwicklungshilfe kommt ihrem Ziel nicht näher, wenn man einerseits landwirtschaftliche und industrielle Produktion anreizt, auf der anderen Seite jedoch die europäischen Märkte künstlich abschließt. Das Argument, diese Länder sollten zunächst sich selbst versorgen und untereinander Handel treiben, sticht nicht. Die Entwicklungsländer müssen Devisen verdienen; das ist eine Frage ihrer Existenz. Etwas Aufgeschlossenheit diesem Problem gegenüber und auch die Bereitschaft, in dem weltweiten Gebäude der Produktion, in dem wir alle leben, sozusagen zugunsten der sich entwickelnden Länder die "unteren Etagen" zu räumen - dies würde die Möglichkeiten unserer Entwicklungshilfe um ein Vielfaches erweitern, die Lösung der Probleme ganz erheblich vorantreiben.

Umdenken ist nicht minder notwendig für den politischen Aspekt der Entwicklungshilfe. Wiewohl Entwicklungshilfe ohne jeden Zweifel einen Teil der deutschen Selbstdarstellung im Ausland ausmacht, so ist sie jedoch kein eigentlich außenpolitisches Instrument zur Durchsetzung kurzfristiger Ziele. Insbesondere wir Deutschen müssen erkennen, daß wir mit der Hergabe von Mitteln keine "Freunde" kaufen und mit ihrer Verweigerung keine "Feinde" bestrafen können. Unsere Leistungen sind - bezogen auf die einzelnen Länder - marginal; und marginal ist deshalb die Wirkung der Entwicklungshilfe im Rahmen der aktuellen Tagespolitik. Die politischen Möglichkeiten, gewiß auch die politischen Grenzen, eröffnen sich nur bei langfristiger Betrachtung.

Auch hier sollten wir die Frage neu formulieren; nicht mehr: "Welche konkreten politischen Ziele haben wir mittels dieses Instrumentes erreichen können?", sondern: "Wie sähe die Weltpolitik ohne Entwicklungshilfe aus?". Denn es ist doch in der Tat verwunderlich, daß die ungeheure Misere der Dritten Welt sich noch nicht in politischen Explosionen gleichen Ausmaßes geäußert hat. Man kann die Vermutung nicht von der Hand weisen, daß es viele Vietnams, viele Biafras gäbe, wenn nicht die Entwicklungshilfe zu einer gewissen Minderung der Spannungen geführt hätte. Die alles in allem überraschend friedliche Gegenwart der Dritten Welt ist nicht nur für die Menschen in den Entwicklungsländern selbst ein kostbares Gut; sie kommt auch uns zugute. Denn der alles überschattende Konflikt zwischen Ost und West birgt in sich die zusätzliche Gefahr, daß regionale Konflikte in den Entwicklungsländern rasch zum Weltpolitikum eskalieren und auch uns vor den Rand des Abgrundes stellen.

An der Schwelle einer neuen Dekade der internationalen Entwicklungspolitik dürfen wir feststellen, daß unser Einsatz nicht vergeblich gewesen ist. Nicht minder deutlich drängt sich uns aber die Notwendigkeit auf, aus den Lehren der Vergangenheit mutige Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen, damit die Grenzen der Entwicklungshilfe nicht über-, die ihr innewohnenden Möglichkeiten jedoch auch nicht unterschätzt werden.

#### Möglichkeiten der kirchlichen Entwicklungshilfe

Kurt Scharf

Der Christ hat in der Politik eine spezifische Verantwortung, die er der Gesellschaft schuldet, zu der er gehört.

Der evangelische Christ, der weiß, warum er evangelisch ist, muß prüfen, worin sein Beitrag besteht, solcher Verantwortung gerecht zu werden. Hierüber werden die Angehörigen des Evangelischen Arbeitskreises und überhaupt die Leser dieser Zeitschrift einer Meinung sein. Zu den letzteren rechne auch ich mich - seit 1953 und jetzt wieder seit Januar 1969 -, so kann ich fortfahren: Die Differenzierung unter uns beginnt bei der Frage, ob auch die Kirche politische Verantwortung wahrnehmen soll, darf, muß, und ob es gar eine spezielle Verantwortung, eine Pflicht zu politischer Diakonie, einer Kirche gibt, wie die Evangelische Kirche in Deutschland sie ist.

Ich soll heute hier über Eindrücke berichten, die ich auf Reisen in Südamerika, aber auch davor in Indien, dem Vorderen Orient, Ostasien und Ostafrika gewonnen habe, Eindrücke von den Möglichkeiten kirchlicher Entwicklungshilfe. Ich stelle meinen Bericht unter diese so heftig diskutierte Frage nach der politischen und sozialen Diakonie der Kirche.

Die Kirche hat Möglichkeiten eigener Art, ja einzigartige Möglichkeiten, in den Ländern der Dritten Welt zu durchgreifenden Wandlungen in Wirtschaft, Ausbildungswesen, Gesellschaftsordnung zu helfen. Weil sie diese Möglichkeiten hat, hat sie die Pflicht, sie zu nutzen, sie auszubauen und nach immer neuen Formen der Hilfe zu suchen. Außerhalb der römisch-katholischen Kirche ist die Evangelische Kirche in Deutschland die organisatorisch am straffsten gegliederte und materiell und personell besonders gut ausgestattete Großkirche eines starken, einflußreichen Industrielandes. Daß sie für den Entwicklungsdienst in der Dritten Welt mehr leiste als andere Kirchen, wird deshalb in der Ökumene zu Recht von ihr erwartet. Unsere Kirche und ihre kirchlichen Organisationen und Werke geben sich Mühe, der Erwartung zu entsprechen. In all den Ländern, die ich besucht habe, bin ich auf eine Vielzahl deutscher kirchlicher Entwicklungsprojekte gestoßen, Projekte von "Brot für die Welt", der "Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission" und der in ihr zusammengeschlossenen Gesellschaften und Verbände, des "Arbeitskreises der Evangelischen Akademien" und der "Dienste in Übersee", vor allem der "Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe".

Die Projekte, die ich gesehen habe, sind Ausbildungsstätten aller Art, Hochschulen, Fachschulen, Alumnate, technische Lehrinstitute, sind bäuerliche Siedlungsgenossenschaften, Arbeits- und Pflege-"Unternehmen" unterschiedlichen Stiles (gewerblicher, landwirtschaftlicher und sonstiger Art) - ähnlich wie Bethel bei Bielefeld oder die Hoffnungsthaler Anstalten bei Bernau in der Mark Brandenburg, es sind Hospitäler und Kliniken, Sozial- und Industriezentren, Kindertagesstätten zu rassischer und sozialer Integration und Evangelische Akademien, es sind auch Einzelwerkstätten oder Beratungsstellen, Dispensaries und Fürsorger und Gemeindeschwestern zu zweit oder dritt oder auch ganz allein mit wenigen einheimischen Mitarbeitern in Urwald und Steppe. Mehr Projekte noch, als bereits vollendet und mit Erfolg in Gebrauch sind, befinden sich in Planung und Aufbau.

Worin besteht nun die besondere kirchliche Möglichkeit in der Entwicklungshilfe?

1. Es handelt sich um Länder, in die hinein die Kirche seit 100 oder 200 Jahren durch die Arbeit der Missionsgesellschaften Beziehungen hat. Diese Arbeit ist nicht ohne gute Wirkung geblieben. Die Kritik an der Mission, die heute so billig geübt wird, verkennt ihre damalige geschichtliche Situation und ihre wesentliche - ~~w~~ weiterandauernde - Leistung. Durch die Missionen sind Kirchen entstanden, die heute autonome Kirchen sind. Die Mission hat die Sprache zahlloser Völker und Stämme und Gruppen, Sprachen und Dialekte, erstmalig wirklich studiert, ihnen zu fixierbarer Gestalt geholfen und die Eigenkulturen und Volksarten entdeckt und verglichen, ist auf sie eingegangen, hat Schulbildung vermittelt und - trotz vieler Irrtümer, Fehler und Versäumnisse - sie hat Vertrauen gewonnen, Vertrauen, das die Sünden eines selbstsüchtigen Kolonialismus überdauert hat. Die Kirchen können bei sachkundigen einheimischen Instituten in den Ländern der Dritten Welt anknüpfen.

2. Deshalb kann die Hilfe, die die Kirche bringt, freigehalten werden von dem Verdacht, eine gewandelte Form von Kolonialismus zu sein. Sie gewährt nicht Darlehen, sie investiert nicht zu gleichzeitigem Nutzen der Wirtschaft des eigenen, des Geberlandes. Sie bemüht sich um Modelle, die grundlegende Wandlungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung - wenn nicht auslösen, so doch anzeigen- und die helfen wollen, die Richtung auf solche Wandlungen hin zu finden. Und die, die die Modelle drüben setzen und einrichten, wollen dabei für sich selber nichts gewinnen. Sie fügen sich, soweit dies für einen Europäer möglich ist, ohne gesundheitlich Schaden zu nehmen, den Lebensbedingungen ein, die im Lande gelten. Sie verzichten auf Sondergehälter; nicht wenige opfern Jahre ihres Lebens für ein "Taschengeld". Sie empfangen gerade genug für den täglichen Lebensunterhalt draußen, aber nichts darüber hinaus. Diese Modelle, darunter Wirtschaftsbetriebe, die vom Gewinnen des Rohstoffes bis zur letzten Phase der Fertigverarbeitung alles im Lande selbst herstellen, wirken als Zellen in der einzelnen Volkswirtschaft und könnten dadurch dann auch die Formen des Welthandels beeinflussen.

3. Die Kirchen, die Evangelische und nicht weniger die Römisch-katholische Kirche, die von Deutschland aus Entwicklungsdienste übernehmen, stützen die Kirchen in den Empfängerländern in ihrer Funktion als einer politisch unabhängigen dritten Kraft. Dies gilt nach meinen kurzen Wahrnehmungen vor allem für Südamerika. In dem politisch-gesellschaftlichen Dilemma zwischen einer autoritären Regierungsform und einer noch nicht praktikablen "Parlamentarischen Demokratie" gibt es keine andere Institution von Einfluß, die einen grundlegenden Wandel der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung einleiten könnte, als allein die einheimischen Kirchen. Sie beginnen diese ihre Aufgabe zu erkennen. Starke Gruppen in der jungen Priesterschaft und der jungen Pfarrerschaft, aber auch im Episkopat und den Kirchenleitungen fordern den öffentlichen Einsatz ihrer Kirche zu diesem Ziel. Die Kirchen oder auch nur einzelne Gruppen in ihnen erweisen sich in zunehmendem Maße als eine starke moralische Macht im Kampf um eine Neugestaltung der Verhältnisse. Sie lehren öffentlich, was nicht mehr hingenommen werden darf und was um der Menschen willen hingenommen werden muß, für die Jesus Christus Mensch wurde. Sie sind bereit, für solch öffentliches Zeugnis Verfolgung auf sich zu nehmen. Sie bemühen sich um Erziehung, Bildung, Arbeitsmöglichkeiten, Besserung der Lebensverhältnisse. Sie schaffen gemeinnützige Unternehmen. Sie scheuen nicht den Konflikt mit Regierung und Polizei und mit den herrschenden Kreisen in den Reihen der eigenen Kirchenglieder. Sie erfahren dabei erneut, daß Gebet und Geist stärkere Mächte sind als despotischer Terror oder blutiger gewaltsamer Aufstand.

Ich ziehe das Ergebnis.

Um der werdenden Gemeinschaft der Menschheit willen müssen die christlichen Kirchen die nur ihnen gegebenen Möglichkeiten der Entwicklungshilfe - in der Form der politischen und sozialen Diakonie - nutzen. Sie müssen dies tun in viel stärkerem Maße, als es bisher geschieht.

## Die Biafra-Nigeria Hilfe der Kirchen

Martin Eberle

Aufgrund der mannigfachen Hilfe, die die Kirchen Deutschlands nach dem Ende des zweiten Weltkrieges von den Kirchen des Auslandes erhielten, fühlen sie sich heute in besonderer Weise herausgefordert, dort zu helfen, wo Not ist. So sind bereits viele Hilfsmaßnahmen ähnlicher Art wie die Hilfe in Nigeria-Biafra in den letzten 10 Jahren durchgeführt worden. Erinnerung sei nur an die kirchlichen Hilfsmaßnahmen im Kongo, in Tansania, in Jordanien nach dem 7-Tage Krieg 1967 und an die große Kinderspeisung in Indien.

Die Hilfe für die vom Krieg hart betroffene und in ihrer physischen Existenz gefährdete Bevölkerung in Nigeria unterscheidet sich jedoch von allen vorher genannten Hilfsmaßnahmen. Bei dieser Hilfe mußten die Kirchen viele Tabus durchbrechen und vielfach vollkommen neue Wege beschreiten.

Oberster Grundsatz aller kirchlichen Hilfe war es bisher gewesen, daß sie von beiden kriegsführenden Parteien begrüßt wurde. Dies ist hier nicht der Fall, da die Regierung von Nigeria diese Hilfsmaßnahme als einen unfreundlichen Akt ansieht. Auch der Weltrat der Kirchen in Genf hat aus diesem Grunde mancherlei Bedenken angemeldet. Bis heute konnte er sich noch nicht zu einer aktiven Mitwirkung entschließen.

Die ungeheure Not, denen sich die kirchlichen Hilfswerke in Biafra gegenübersehen, macht es notwendig, daß eine Zusammenarbeit über die Grenzen der Konfessionen hinweg stattfindet. So arbeiten heute in der Biafra-Hilfe 25 Kirchen aus 17 Ländern zusammen. Diese Kirchen bilden gemeinsam die "Joint Church Aid", die sich alle 4 - 6 Monate zu einer Vollversammlung trifft. Schon die Orte der bisherigen Vollversammlungen zeigen die Ökumenizität der Arbeit: Frankfurt, Rom, New York, Kopenhagen. Es gibt keine federführende Organisation, sondern jedes Land hat eine bestimmte Aufgabe übernommen. Die evangelischen und katholischen Kirchen in der Bundesrepublik sind beispielsweise für die gesamte Lebensmittelbeschaffung verantwortlich.

Dank dieser "konzertierten Aktion" ist es heute möglich in Biafra täglich 1,6 Millionen Menschen eine warme Mahlzeit zu verabreichen. Hierfür ist ein umfangreicher technischer Apparat notwendig. So haben erstmalig die Kirchen Flugzeuge unter langfristige Charter nehmen müssen. Das Einfliegen von Sao Tomè, der Nachschubbasis der Kirchen, nach Biafra geschieht unter militärischen Bedingungen. Das bedeutet, daß jede Nacht eine andere Flugroute gewählt wird und daß der Funkverkehr während des Fluges nicht gestattet ist. So haben die Kirchen in Sao Tomè einen "Chief cooperater of flights", der für die technische Durchführung des Flugprogrammes verantwortlich zeichnet.

Die Lebensmittelmengen, die für diese Hilfsmaßnahmen benötigt werden, haben einen großen Umfang angenommen. In der laufenden Versorgungsperiode, die die Monate Mai - August umfaßt, müssen durch die Kirchen 30.000 Tonnen Lebensmittel nach Biafra eingeflogen werden.

Diese Lebensmittel werden nach einem sorgfältigen Transportplan nach Sao Tomè gebracht. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Lagermöglichkeiten auf Sao Tomè begrenzt sind. Eingeflogen werden nur hochproteinhaltige Lebensmittel, wie z.B. Stockfisch, Salz, Kornmehl, Fleischkonserven, Milchpulver, Reis und Bohnen. Hinzu kommen noch große Mengen von Medikamenten. Auch hier wird so verfahren, daß nur Medikamente von Europa über Sao Tomè nach Biafra geschafft werden, die von dort bestellt worden sind. Entsprechend groß ist auch der finanzielle Aufwand. Für die Monate Mai bis August müssen von den an der "Joint Church Aid" beteiligten Kirchen insgesamt 72 Millionen DM aufgebracht werden. Dankbar muß hier auch die finanzielle Hilfe der Bundesregierung erwähnt werden, ohne die die deutschen Kirchen diese Maßnahmen nicht in dem oben erwähnten Umfang hätten durchführen können.

Die Verteilung der Lebensmittel in Biafra erfolgt nach einem genau festgelegten Plan. Hierbei kommt den Kirchen die große Organisationsgabe der Biafraner zur Hilfe. So wird erreicht, daß wirklich der Hungrige etwas zu Essen erhält. Im vergangenen Jahre sind in Biafra annähernd 2 Millionen Menschen am Hunger gestorben. Dank der Luftbrücke der Kirchen und des Roten Kreuzes ist die Zahl der Hungertoten inzwischen sehr stark zurückgegangen und nur noch wenige Menschen sterben aus Proteinmangel. Würde die Hilfe der Kirchen jedoch nur für 14 Tage eingestellt werden, wäre ein Massensterben unvorstellbaren Ausmaßes sofort erneut vorhanden.

Von Anfang an waren sich die Kirchen im klaren darüber, daß sie auch alles in ihrer Macht stehende tun müßten, um die Lebensmittelproduktion im Lande selbst zu steigern. Daher flogen bereits im Oktober des vergangenen Jahres Fachleute der FAO auf Bitten der Kirchen nach Biafra, um dort an Ort und Stelle in Zusammenarbeit mit biafranischen Landwirtschaftsexperten zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die einheimische Nahrungsproduktion zu stärken. Aufgrund des Gutachtens der Fachleute haben die Kirchen über 200 Tonnen Saatgut nach Biafra eingeflogen, ebenso wurden einfache landwirtschaftliche Geräte eingeflogen.

Dank gebührt in diesem Zusammenhang auch der Bevölkerung unseres Landes, die durch sehr viele Einzelspenden bis zum heutigen Tage den Kirchen diese Arbeit ermöglicht hat.

#### 10.000 Tonnen EWG - Lebensmittel für Biafra

##### Spende für Rotes Kreuz und Kirchliche Hilfswerke

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat beschlossen, der notleidenden Bevölkerung Biafras rund 9.400 Tonnen Lebensmittel zu spenden. Die Spende wird je zur Hälfte dem Diakonischen Werk der EKDF für die Biafra-Hilfe, der Vereinigten kirchlichen Hilfswerke und dem Internationalen Roten Kreuz (IRK) für dessen Hilfsaktion zur Verfügung gestellt. Die erforderlichen Vereinbarungen für die Bewilligung dieser Nahrungsmittel und ihre frachtfreie Beförderung per Schiff bis zum Ausgangspunkt der kirchlichen Luftbrücke auf der portugiesischen Insel Sao Tomè wurden kürzlich in Brüssel zwischen den zuständigen Stellen der EWG sowie den Vertretern des Diakonischen Werkes und des Internationalen Roten Kreuzes getroffen.

## Wilhelm Hahn zum 60. Geburtstag

Eberhard Amelung

Am 14. Mai feierte der stellvertretende Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, der Kultusminister von Baden-Württemberg, Professor D. Wilhelm Hahn, seinen 60. Geburtstag. Die "Evangelische Verantwortung" schließt sich den Gratulanten an und wünscht dem so aktiv in der Arbeit stehenden Politiker für die kommenden Jahre gute Gesundheit und die erforderliche Kraft für sein Amt.

Wilhelm Hahn wurde einmal von einem Amerikaner als ein Mann vorgestellt, der drei Leben lebe: Theologieprofessor, Gründer und langjähriger Direktor eines Instituts für die Erforschung der Probleme Südasiens und schließlich Politiker. Wer in so verschiedenen Bereichen tätig sein kann, muß große Kräfte der Integration besitzen.

Es wundert nicht zu hören, daß der junge Student Schwierigkeiten hatte, sich zwischen dem Studium der Theologie und der Jurisprudenz zu entscheiden. Er wählte die Theologie und bekannte sich damit auch zu der Tradition der Familie. Der Urgroßvater wirkte als bekannter Pionier-Missionar und Sprachforscher in Südwestafrika; der Großvater, Pastor in Reval, war eine der großen kirchlichen Gestalten in der letzten Periode des Baltikums. Er lebte zwei Jahre in der Verbannung in Sibirien. Der Vater war Professor für Praktische Theologie in Dorpat und starb als Zeuge für das Evangelium im Jahre 1919. Die Familie der Mutter gehörte dem baltischen Adel an, und die Frau Wilhelm Hahns ist die Tochter eines holländischen Politikers. Der weite Horizont der Welt, die Theologie und die Politik sind so schon in der Geschichte der Familie miteinander verwoben.

Der baltische Lutheraner empfing die entscheidende theologische Prägung durch das Studium bei Karl Barth zu Beginn der dreißiger Jahre. Wilhelm Hahn gehört also zu den Theologen, von denen Barth selbst einmal gesagt hat, es gäbe nichts Schöneres als einen reformierten Lutheraner. Vielleicht ist es ein Kennzeichen dieser Menschen auf der Grenze, daß sie bei aller Verwurzelung in der Tradition auch dem kritischen Denken offen gegenüberstehen. So steht auch Hahn unter dem Einfluß der neueren theologischen Entwicklung mit ihrer radikalen Fragestellung; er ist aber nicht davon überzeugt, daß ihre bisherigen Antworten ausreichen. Die eigenen theologischen Erkenntnisse und die Erfahrungen, die die Geschichte der Familie bestimmen, resultieren bei Wilhelm Hahn in dem Willen, die Wirklichkeit dieser Welt unverfälscht in den Griff zu bekommen, um sie verantwortlich mitzugestalten.

Solch ein Bemühen müßte allerdings schon in den Ansätzen scheitern, wenn es die deutsche Situation nur mit Hilfe von innerdeutschen Kategorien beurteilen wollte.

So sind auch für das Leben und Denken von Wilhelm Hahn die ökumenischen Kontakte wichtig geworden. Auf zahlreichen Auslandsreisen, die er im Auftrag des Lutherischen Weltbundes oder der Ökumene, aber auch in wissenschaftlicher und politischer Mission unternahm, hat er Nord- und Südamerika, Süd- und Westafrika, Ägypten und Indien kennengelernt. Die Erfahrungen dieser Reisen hat ihn auch im Blick auf die Entwicklungsländer initiativ werden lassen. Als Rektor der Universität Heidelberg gründete er ein Südasien-Institut, dessen Arbeit den Problemen der Entwicklungsländer gewidmet ist. Der Förderung der Begegnung zwischen deutschen und ausländischen Studenten galt die Gründung einer Studentensiedlung, in der bis zu 40 % Ausländer untergebracht sind.

Wilhelm Hahn ist Praktischer Theologe nicht nur im traditionellen Sinn, daß er sich mit der Lehre von Predigt, von der Seelsorge und mit der Katechetik befaßt. Er ist darüberhinaus ein praktischer Theologe im Grundsinn des Wortes, gerade indem er Politiker wurde. Auch schon vor seinem Eintritt in die Politik berief ihn die Kirche von seinem Lehrstuhl fort in ein Bischofsamt.

Er konnte es allerdings nicht annehmen, weil die Richtungskämpfe in der betreffenden Landeskirche unüberbrückbar waren und alle seine Bemühungen um Befriedigung der Situation vereitelt wurden. Für die CDU rückte er dann 1962 in den Deutschen Bundestag nach, und die Partei übertrug ihm im Jahre 1965 das schwere Amt eines Kultusministers. In diesem Amt hat er sich profiliert, weil er frühzeitig erkannte, daß die im Bildungswesen anstehenden Reformen nur als ein Ganzes in Angriff genommen werden konnten.

So wurde er einer der Initiatoren des Bildungsrates und kämpfte - leider vergeblich - für dessen enge Verzahnung mit dem Wissenschaftsrat. Als erster Kultusminister hat er seinem Landtag auch einen Hochschulgesamtplan zur Beratung vorgelegt, der auf eingehenden Untersuchungen der gegenwärtigen Situation und der zukünftigen Entwicklungen im Hochschulwesen beruht.

Wilhelm Hahn hat sich nie Illusionen über die Schwere der Aufgaben gemacht, die ihm übertragen sind. So sagte er in einer der Reden als Kultusminister:

"Das Bildungswesen eines Volkes, durch das dieses ganze Volk in einer Kultur hindurchgegangen ist, ist ein so tief im Bewußtsein dieser Menschen verankertes Element, daß weite Kreise auf jede Veränderung und durchgreifende Reform sehr empfindlich reagieren.

Sie habe dabei das richtige Gefühl, daß es um die Kultur und das heißt um die geistige Lebenssubstanz geht. Deshalb ist eine Bildungsreform etwas sehr viel tiefgreifenderes als die Neuorganisation der Sozialgesetzgebung oder des Verkehrswesens."

Wilhelm Hahn hat die ihm übertragenen Aufgaben mit Bewußtsein auf sich genommen. Er hat es getan, weil er um die Verantwortung des Christen in der Gesellschaft weiß. So hat er den Evangelischen Arbeitskreis nicht nur immer wieder auf diese Verantwortung hingewiesen, sondern sie uns allen in seinem Amt auch vorgelebt. Wir sind ihm an seinem Geburtstag ganz besonders dankbar dafür.

Das Grundgesetz, die Verfassung der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland, gilt gerade 20 Jahre. In zahlreichen Würdigungen wird dieses Ereignisses in diesem Jahre gedacht. Und in nicht wenige dieser Würdigungen mischt sich der Zweifel, ob das Grundgesetz heute noch zeitgemäß oder ob es nicht in dieser oder jener Hinsicht durch die zwischenzeitlichen Entwicklungen überholt sei. In einzelnen Fällen steigern sich diese Zweifel bis zu dem Verlangen nach einer Totalrevision des Grundgesetzes.

Zu den als besonders fortschrittlich ausgegebenen Reformvorschlägen gehört die Forderung, unsere Verfassungsordnung durch die Einführung von Elementen einer plebiszitären Demokratie anzureichern.

Im Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl im März dieses Jahres ist die Frage nach einer Wahl des Bundespräsidenten unmittelbar durch das Volk aufgeworfen worden. Die Unruhe in Teilen unserer jungen Generation und das Unbehagen an manchen Erscheinungsformen unserer demokratischen Wirklichkeit haben die Diskussion darüber belebt, ob es nicht angebracht sei, Volksbegehren und Volksentscheid zu festen Institutionen der Verfassungsordnung des Bundes zu machen. In dem Entwurf einer Wahlplattform der FDP ist das Verlangen nach Einführung von Volksbegehren, Volksentscheid und Volkswahl des Bundespräsidenten sogar zum politischen Programm erhoben worden.

Vor derartigen Reformtendenzen kann nur gewarnt werden. Sie würden in unserer Verfassungsentwicklung nicht Fortschritt, sondern Rückschritt bedeuten. Die Motive für solche Überlegungen sind sicherlich ehrenwert und anzuerkennen. Auf der anderen Seite ist es aber erschreckend, wie leichtfertig manche Politiker, oft genug um einer vermeintlichen Opportunität des Augenblicks willen, die Erfahrungen der Geschichte ignorieren. Nicht zuletzt die direkten, konkreten Erfahrungen der Weimarer Zeit haben den Parlamentarischen Rat sich für die fast ausschließliche Verwirklichung des Prinzips der repräsentativen Demokratie entscheiden lassen. Eine unschädliche Ausnahme davon bilden lediglich die Artikel 29 und 118 des Grundgesetzes.

Das abschreckendste Beispiel gegen die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid ist das von den Nationsozialisten zusammen mit den Deutschnationalen im Jahre 1929 betriebene Volksbegehren gegen die Reparationsregelung des sog. Young-Planes. Es hat nicht nur aufgezeigt, in welchem Maße durch eine hemmungslose Demagogie eine Entscheidung emotionalisiert werden kann. Sein Ergebnis war auch, daß einer radikalen Partei zum ersten Male in der Geschichte ihres Aufstiegs die Chance geboten wurde, staatliche Institutionen zu betätigen. Darauf hat mit Recht unlängst Friedrich Karl Fromme hingewiesen.

Die Eichrichtung von Volksbegehren und Volksentscheid gehörte in das komplizierte Weimarer System von Gegengewichten, zwischen denen die Impulse der Macht hin- und hergeführt wurden, um schließlich beim Volk als der höchsten Schlichtungsinstanz anzukommen. Die Väter des Grundgesetzes haben, um das für die Dauer einer Wahlperiode gewählte Parlament als den Anwalt des Staatsbürgers zu stärken, den Parlamentarismus von solchen plebiszitären Einsprengeln befreit. Die meisten der heute zur Entscheidung anstehenden politischen Fragen sind so kompliziert, daß sie sich ohne die Gefahr demagogischer Verfälschung oder sachlicher Vergrößerung nicht auf eine einzige Abstimmungsalternative reduzieren lassen. Selbst die Abgeordneten sind schon heute nicht mehr in der Lage, aus eigenem Sachverstand alle anstehenden po-

litischen Entscheidungen zu treffen; die Wirklichkeit des modernen Parlamentarismus ist ein weitgehend spezialisierter, arbeitsteiliger Parlamentarismus.

Den Bedenken gegen die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid wird gerne entgegengehalten, daß man in Bayern damit bei der Schulreform durchaus positive Erfahrungen gesammelt habe. Ich halte das für eine Selbsttäuschung. Das eigentliche Entscheidungsmotiv war auch hier durch die Auseinandersetzungen um die konfessionellen Schulen stark emotional aufgeladen. Im übrigen handelte es sich um den seltenen Fall einer relativ einfachen Entscheidungsalternative. Legitimer erscheint mir der Hinweis auf das unlängst in Frankreich durchgeführte Verfassungsreferendum, das mit Recht dem Einwand zu großer Kompliziertheit begegnete und gerade deshalb, weil es für den einfachen Staatsbürger nicht einsichtig genug war, umso leichter in ein Plebiszit für oder gegen de Gaulle umgefälscht werden konnte.

In der industriellen Massengesellschaft wird die Demokratie sich nach meiner festen Überzeugung nur dann behaupten können, wenn sie der Möglichkeit des demagogischen Mißbrauchs demokratischer Spielregeln entgegenwirkt. Dazu gehört das Festhalten am Prinzip der repräsentativen Demokratie. Kein geringerer als Theodor Heuss hat die direkte Volksgesetzgebung in der großräumigen Demokratie des industriellen Massenzeitalters "die Prämie für jeden Demagogen" genannt. Volksbegehren, Volksentscheid und auch die Volkswahl des Bundespräsidenten passen nicht mehr in das Bild einer modernen Demokratie; sie sind überholte Institutionen von gestern.

## SPD und Evangelische Kirche

### Meldung

In einer in mehreren Tageszeitungen erschienenen großformatigen Anzeige wirbt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands um christliche Wählerstimmen mit einem von D. Ernst Wilm unterzeichneten Text. Wilm, bis 1968 Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, ist Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

In der Anzeige bezeichnete Wilm die Behauptung, ein Christ dürfe nicht SPD wählen, als Unsinn. Jeder sollte sich für die Partei entscheiden, die die bessere Politik macht: "Für mich ist das die SPD." Die Gründe, warum er die SPD unterstütze, stünden nicht im Gegensatz zu seinem christlichen Glauben, erklärt Präses Wilm und fährt fort: "Im Gegenteil: Sie entsprechen meinem Wunsch nach einer gerechten, sozialen, humanen Politik, bei der es vor allem um den Frieden geht."

### Unser Kommentar

Präses Ernst Wilm gibt damit einen auffallenden Beitrag zu der heiklen Frage zum Verhältnis von Kirche und Politik.

In den ersten Nachkriegszeiten war die CDU häufig verdächtigt worden, sie wolle die Kirche für sich einspannen, und gerade Männer wie Wilm haben deshalb immer wieder eine Verquickung von kirchlichen und parteipolitischen Zielen bekämpft. Es hat sich damals die strenge Regel durchgesetzt, daß kein Kirchenführer in irgendeiner Weise für eine der Parteien Stellung nehmen sollte, und auch die CDU hat dieses Prinzip respektiert.

Um so erstaunlicher ist es, daß sich nun der frühere Präses Wilm in einer so massiven Weise für den Wahlkampf der SPD engagieren läßt. Er ist jetzt zwar im Ruhestand, aber immerhin noch Mitglied des Rates der EKD und im übrigen durch seine bisherige Position im Bewußtsein der Öffentlichkeit als eine führende kirchliche Persönlichkeit geprägt. Ob er mit diesem Schritt der SPD einen guten Dienst getan hat, bleibt dahingestellt. Der Kirche dürfte er damit einen Bärendienst erwiesen haben, denn er hat nun die bisherigen Regeln der Zurückhaltung durchbrochen und auch in ihren Raum den Wahlkampf hineingetragen und damit andere Kirchenführer eventuell zu ähnlichen oder entgegengesetzten Aktionen provoziert.

#### Unsere Autoren

Martin Eberle, Jahrgang 1935, Pfarrer der Diakonie in Stuttgart und hauptsächlich für die Biafra-Hilfe des Diakonischen-Werkes tätig. Zwei längere Aufenthalte in Biafra; Stellvertretender Landesvorsitzende der Jungen Union sowie Mitglied des Landesvorstandes der CDU und des Evangelischen Arbeitskreises.

Walter Leiser Kiep, Jahrgang 26, studierte im Anschluß an Abitur und Wehrdienst nach 1945 Geschichte und Volkswirtschaft. Seit 1945 im Versicherungswesen tätig. 1961 Eintritt in die CDU, 1965 Direktwahl in den Bundestag. Hier Vorsitzender im Ausschuß für Entwicklungshilfe. Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD.

Bischof D. Kurt Scharf, D.D., 66, seit 3 Jahren Landesbischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Während des Kirchenkampfes Vorsitzender des Bruderrates der Bekennenden Kirche der Mark Brandenburg und ab 1938 auch Vorsitzender der Konferenz der Landesbruderräte; 1961 bis 1967 Vorsitzender des Rates der EKD, dessen stellvertretender Vorsitzender er heute noch ist.

Friedrich Vogel, 40, seit 1953 Mitglied der CDU. Nach dem juristischen Studium Eintritt in den Staatsdienst - zuletzt Landgerichtsrat. 1966 Justizminister in der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Davor u.a. stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union, heute u. a. Mitglied des Landespräsidium der CDU NRW sowie Vorstandsmitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU auf Bundesebene.

---

Redaktionsgemeinschaft: Eberhard Amelung, Peter Egen, Eberhard Stammle  
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen  
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU  
53 Bonn/Rh., Am Hof 28, Ruf: 02221-57001  
Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplare erbeten

---